



---

# 08.14

## Editorial

---

### Gesellschaft

Lebenszufriedenheit der Deutschen so hoch wie lange nicht mehr  
Der richtige Konsum steigert das Wohlbefinden

---

### Arbeitsmarkt

Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf den Partner  
Führt Elterngeld zu mehr und besserer Beschäftigung von Frauen?

---

### Bildung

Modellprojekt zur frühen Lernförderung in niedersächsischen Schulen

---

### Gesundheit

AOK-Familienstudie 2014

---

### Pflege

Helfen Apps bei Demenz?  
Eine Oase in Zwickau

---

### Europa

Europäische Bürgerinitiative zum Schutz von Embryonen

---

### Materialien

Gerhard Klas/Philip Mader (Hg.): Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler  
Entwicklungspolitik

---

### Impressum

---

## Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nicht nur in den Sommerferien – Kreuzfahrten boomen. In den letzten Jahren bieten immer mehr Touristikunternehmen Seereisen an. Die Anzahl der Urlaubsschiffe, die auf den Weltmeeren unterwegs sind, steigt beständig Jahr weiter. Viele beliebte Hafenstädte weiten ihre Anlegestellen für Kreuzfahrtschiffe aus oder bauen ganz neue Passagierterminals. Auch der tragische Untergang der Costa Concordia hat nicht zu einem Rückgang der Urlauberzahlen auf Kreuzfahrtschiffen geführt.

Die Zeiten, in denen vor allem gut betuchte ältere Damen auf Seereise gingen, um beim Captain's Dinner ihre Juwelen und Garderobe auszuführen und nebenbei bequem zu verreisen, oder junge, abenteuerlustige Aussteiger auf Post- und Frachtschiffen preisgünstig die Welt erkundeten, sind vorbei. Mittlerweile sind Kreuzfahren in der Mitte der Gesellschaft angekommen und bieten spezielle Schiffe für jede nur erdenkbare Zielgruppe. Ob für Singles, für Familien, für Partyhungrige oder für Ruhesuchende, für Sportler, Naturliebhaber oder für Bildungsreisende – für jeden gibt es das passend zugeschnittene Angebot.

Was aber unabhängig von der genauen Ausgestaltung der Seereise alle Passagiere brauchen, ist eine gute und funktionierende medizinische Versorgung an Bord. Vor allem in Notfällen auf hoher See kommt es darauf an, dass den Betroffenen schnell und optimal geholfen wird. Aus diesem Grund setzt die sogenannte „Maritime Medizin“ zunehmend auf telemedizinische Anwendungen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Wenn der Schiffsarzt EKG-Daten oder Röntgenbilder über Satellit ins Krankenhaus überträgt, steht ihm dort sofort die geballte Kompetenz der Fachärzte mit hohen Fallzahlen und entsprechender Erfahrung zur Verfügung. Dieses Wissen kann kein einzelner Schiffsarzt bereithalten, und sei er noch so gut ausgebildet. In der Klinik werden die Befunde zu jeder Tages- und Nachtzeit ausgewertet. Anschließend besprechen die Krankenhausärzte die Diagnose und geeignete Behandlungsmaßnahmen mit dem Schiffsarzt.

Auf dem „Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit“, der vom 25. bis 27. Juni 2014 in Berlin stattfand, wurde eine solche Kooperation zwischen dem Kreuzfahrt-Unternehmen AIDA und dem Unfallkrankenhaus Berlin (ukb) vorgestellt. Bislang haben die Partner schon mehr als 330 EKG-Befunde zwischen AIDA-Schiffen und dem ukb ausgetauscht. Vorgesehen ist, in Zukunft auch radiologische Daten vom Schiff ins Krankenhaus zu übermitteln. Die Klinik ist einer der wichtigsten deutschen Standorte für Hilfe bei Notfällen auf hoher See. Auch die Berliner „Charité“ und andere Universitätskliniken befassen sich mit maritimer Telemedizin, zum Beispiel auch bei Offshore-Windanlagen, die nur schlecht erreichbar sind.

Die Telemedizin auf See ist mit Sicherheit ein Wachstumsfeld. Dennoch bleibt zu hoffen, dass die Notfallhilfe auf See nicht allzu häufig in Anspruch genommen werden muss.

Wir wünschen Ihnen (weiterhin) einen schönen Sommer und eine angenehme Lektüre.

Ihre Redaktion

## Gesellschaft

### Lebenszufriedenheit der Deutschen so hoch wie lange nicht mehr

Die Lebenszufriedenheit in Deutschland ist im Jahr 2012 auf einen neuen Höchststand gestiegen. Dieses Ergebnis geht aus der Studie „Lebenszufriedenheit in Deutschland: Entwicklung und Einflussfaktoren“ des „Instituts der Deutschen Wirtschaft“ (IW) in Köln hervor. Die Wissenschaftler Prof. Dr. Dominik H. Enste und Dr. Mara Ewers haben dafür Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ausgewertet. Seit 1984 werden für dieses Panel regelmäßig rund 20.000 Menschen in Deutschland u. a. nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit sowie zur Zufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen wie z. B. Arbeit, Freizeit oder Familienleben befragt.

Bei der jüngsten Erhebung im Jahr 2012 gab rund die Hälfte der Deutschen an, mit ihrem Leben „in hohem Maße zufrieden“ zu sein. Nur etwa zwei Prozent der Befragten gaben eine „geringe Zufriedenheit“ an. Ähnlich gut war die Stimmung in Deutschland den Autoren zufolge nur bei der Wiedervereinigung und zur Zeit des Internet-Hypes um das Jahr 2000. Die weiteren wesentlichen Ergebnisse der Analyse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

#### **Gesundheit und Beschäftigungssituation sind die wichtigsten Einflussfaktoren**

Nicht überraschend ist eine starke positive Korrelation zwischen dem Gesundheitszustand und der individuellen Lebenszufriedenheit. Es zeigt sich, dass dieser enge Zusammenhang auch unabhängig von anderen sozio-demografischen, sozio-ökonomischen oder persönlichen Einflussfaktoren gilt. Eine weitere bestimmende Variable der Lebenszufriedenheit ist die Beschäftigung. Steige die Arbeitslosigkeit, so sinke das Ausmaß der Zufriedenheit und umgekehrt. Erwerbstätige geben im Durchschnitt eine um über 20 Prozent höhere Lebenszufriedenheit an als arbeitslos gemeldete Personen. Ein deutlicher Unterschied bei der Betrachtung von Erwerbstätigen und Arbeitslosen bleibe selbst dann bestehen, wenn in beiden Gruppen keine Abweichungen bei Gesundheit, Bildungsabschluss und Einkünften vorliegen. Ein ebenso signifikanter negativer Zusammenhang zeige sich bei den Erwerbstätigen zwischen der Zufriedenheit und den Jobperspektiven. So seien Erwerbstätige, die mit einer Wahrscheinlichkeit von über 60 Prozent an den Verlust des Arbeitsplatzes in den nächsten zwei Jahren glauben, im Durchschnitt deutlich weniger zufrieden als Erwerbstätige, die ihren Arbeitsplatz als relativ sicher einschätzen.

#### **Lebenszufriedenheit im Lauf des Lebens nicht konstant**

Das Ausmaß der Lebenszufriedenheit ist nicht über alle Altersgruppen hinweg konstant. Am zufriedensten zeigten sich junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren und Personen kurz nach dem Renteneintritt. Dagegen seien die 50- bis 60-Jährigen deutlich unzufriedener als der Durchschnitt. Dies gelte heute ebenso wie vor zwanzig Jahren. Weitere signifikante sozio-demografische Einflussfaktoren seien das Geschlecht und der Familienstand. Frauen und verheiratete Menschen wiesen deutlich höhere Zufriedenheitswerte auf. Jedoch sei nicht bei allen Paaren eine Steigerung der Lebenszufriedenheit nach der Heirat festzustellen.

## Einfluss des Einkommens nur gering

Nach den Ergebnissen vieler Studien steigt die Zufriedenheit mit dem Einkommen. Dies wird auch durch die IW-Studie bestätigt. Allerdings fällt der Einfluss sehr gering aus. Zusätzliches Einkommen in Form von Gehaltserhöhungen oder Vererbung erhöhe die Lebenszufriedenheit nicht unbegrenzt, d. h. zwischen den beiden Größen bestehe vielmehr ein abnehmender Grenznutzen. Da das Einkommen in Deutschland bereits auf einem sehr hohen Niveau liege, sei der zusätzliche Nutzen einer Einkommenssteigerung folglich nur gering.

## Vertrauen erhöht die Lebenszufriedenheit

Auch persönliche Merkmale können die Lebenszufriedenheit erhöhen. In diesem Zusammenhang besonders interessant ist das Ergebnis, dass persönliches Vertrauen gegenüber Mitmenschen stark mit der Lebenszufriedenheit einhergeht. So wiesen beispielsweise 64 Prozent der Personen, die Vertrauen in andere Menschen haben, eine hohe Lebenszufriedenheit auf. Unter den misstrauischeren Befragten seien es nur 30 Prozent. Zudem konnte ein positiver Effekt von ehrenamtlichem Engagement nachgewiesen werden. Zwar engagierten sich nur 10 Prozent der Deutschen regelmäßig, ohne hierfür ein Entgelt zu beziehen, dafür seien sie signifikant zufriedener als andere.

*Die Studie „Lebenszufriedenheit in Deutschland: Entwicklung und Einflussfaktoren“ von Prof. Dr. Dominik H. Enste und Dr. Mara Ewers (18 S; Institut der Deutschen Wirtschaft) steht [hier](#) zum Download bereit.*

## Der richtige Konsum steigert das Wohlbefinden

Je mehr wir uns leisten können, desto wohler fühlen wir uns. Es kommt aber auch darauf an, was und wie wir konsumieren. Was wir immer schon annahmen, haben zwei Soziologen, Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick vom „GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften“, in einer Studie zur Struktur von Konsumausgaben und subjektivem Wohlbefinden nachgewiesen.

Die beiden Wissenschaftler gingen in ihrer Untersuchung vor allem zwei Fragestellungen nach: Erstens wollten Sie generell herausfinden, inwiefern sich die Verbrauchsstrukturen verschiedener Haushaltstypen und Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Zweitens untersuchten sie, wie und in welchem Maße das subjektive Wohlbefinden von dem an Konsumausgaben gemessenen Lebensstandard und den Strukturen des privaten Verbrauchs, also der Art, dem Niveau und der Qualität des Konsums, beeinflusst wird.

Als Datengrundlage für die Studie diente das „Sozio-ökonomische Panel“ (SOEP), in dessen Rahmen 2010 erstmals Informationen über das Konsumverhalten privater Haushalte erhoben wurde. Unter Konsum fassten die Wissenschaftler dabei alle Ausgaben sowohl für Güter als auch für Dienstleistungen, wie z. B. Freizeitaktivitäten, Bewirtung und Beherbergung. Damit enthält ihr Konsumbegriff also nicht nur Anschaffungen materieller Verbrauchsgegenstände und Besitztümer, sondern auch Erlebnisse wie Urlaubsreisen und Restaurantbesuche.

## Konsumverhalten geprägt vom Einkommen und der Haushaltssituation

Wie nicht anders zu erwarten, zeigen sich die Unterschiede im Einkommen der Haushalte eindeutig in den Verbrauchsstrukturen. So entfallen beispielsweise in Haushalten unterhalb der Armutrisikogrenze 70 Prozent aller Ausgaben auf die Grundbedürfnisse Wohnen, Kleidung und Ernährung. Mit steigendem Einkommen nehmen die anteiligen Ausgaben für die Basisversorgung deutlich ab, während Ausgaben für weniger elementare Zwecke wie Mobilität, Freizeit und Kultur oder auch Haushaltsausstattung, Beherbergung und Bewirtung deutlich zunehmen. In wohlhabenden Haushalten, die über mindestens das Doppelte des durchschnittlichen Einkommens verfügen, betragen die Ausgaben für Wohnen, Kleidung und Ernährung nur noch 41 Prozent der gesamten Konsumaufwendungen.

Die Ausgabenstrukturen sind stark von der Größe und Zusammensetzung der Haushalte geprägt. Bei Familien besteht naturgemäß ein höherer Bedarf an Nahrungsmitteln und Kleidung, aber auch die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur machen einen größeren Anteil aus. In Single-Haushalten entfällt dagegen ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Ausgaben auf das Wohnen. Die relativ gesehen niedrigsten Ausgaben für Mobilität wurden bei alleinlebenden Frauen über 65 Jahren verzeichnet. Der Ausgabenanteil für Gesundheit war in Haushalten, in denen überwiegend ältere Menschen leben, erwartungsgemäß am höchsten.

In diesem Zusammenhang wurde auch untersucht, ob sich die Verbrauchsstrukturen von Zuwanderern von denen der Einheimischen wegen unterschiedlicher kultureller Prägungen und Präferenzen unterscheiden. Im Vergleich zu einheimischen Haushalten unterscheiden sich in Haushalten mit türkischem Migrationshintergrund die Konsumstrukturen in fast allen Kategorien. So werde hier mehr für Nahrungsmittel, Wohnen und Freizeit ausgegeben, weniger allerdings für Mobilität, Kommunikation, Bildung und Gesundheit. Bei anderen Zuwanderungsgruppen wie z.B. Aussiedlern wurden hingegen keine starken Effekte festgestellt.

## Auswirkungen der Ausgaben auf das Wohlbefinden

Lebenszufriedenheit, das ist schon lange bekannt, ist vergleichsweise eng mit dem Haushaltseinkommen verbunden. Mit anderen Worten: Die Lebenszufriedenheit nimmt mit steigendem Einkommen deutlich zu. Die Autoren der Studie haben nun aber darüber hinaus festgestellt, dass dies nicht nur für das Einkommen, sondern auch für die Ausgaben gilt, d.h. die Lebenszufriedenheit steigt mit der Höhe der Konsumausgaben.

Allerdings sei die Zufriedenheitsdifferenz in Hinblick auf die Einnahmen größer als im Hinblick auf die Ausgaben. Menschen mit geringerem Einkommen seien, so die Studie, deutlich unzufriedener als Menschen mit höheren Einkommen, wohingegen die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen Menschen mit geringeren und Menschen mit höheren Konsumausgaben nicht so stark ins Gewicht falle. Eine Erklärung dafür mag sein, dass beim Einkommen die soziale Schere weiter auseinandergeht als bei den Konsumausgaben. Der Konsum spiegelt zudem nicht genau die Einkommensverhältnisse wider, da in wohlhabenderen Haushalten nicht unbedingt die gesamten Einnahmen für Konsum aufgewendet werden. Was beispielsweise in einem einkommensstarken Haushalt gespart wird, fällt im direkten Vergleich der Konsumausgaben mit einem einkommensschwachen

Haushalt nicht auf. Außerdem, so die Forscher, konsumierten Geringverdiener teilweise trotzdem relativ viel: in 44 Prozent der einkommensärmsten Haushalte würden die Konsumausgaben das Einkommen sogar um durchschnittlich 30 Prozent übersteigen.

### **Auf den Zweck der Ausgaben kommt es an**

Darüber hinaus konnten die beiden Forscher zeigen, dass sich die Lebenszufriedenheit durch steigende Kauffreude nicht linear erhöht, sondern die Zufriedenheitsgewinne bei steigendem Ausgabeniveau tendenziell wieder abnehmen. Interessant ist außerdem, dass ein niedriges Konsumniveau, das jedoch nicht aus der Not, sondern aus einem freiwilligen Konsumverzicht resultiert, die Lebenszufriedenheit offensichtlich nicht weiter negativ beeinträchtigt.

Besonders zufrieden machen nach Aussage der Studie Ausgaben in den Bereichen Bildung, Bekleidung, Freizeit sowie in der Gastronomie (Beherbergung und Bewirtung). Hier deutet sich an, dass ein durch vergleichsweise hohe freizeitbezogene Ausgaben geprägter Lebensstil das subjektive Wohlbefinden besonders positiv beeinflusst. Damit bestätigen die Wissenschaftler eine Erkenntnis aus der Glücksforschung. Hier ist schon länger erwiesen, dass positive Erlebnisse nachhaltiger die Lebenszufriedenheit erhöhen als der Kauf von Konsumgütern, an die man sich schnell gewöhnt und deren Beitrag zur Steigerung der Zufriedenheit schnell wieder abflacht.

Aufgefallen ist den Forschern außerdem, dass das subjektive Wohlbefinden sinkt, wenn der Ausgabenanteil für Kommunikationsgeräte und laufende Kommunikationskosten steigt. Die sei insbesondere bei Beziehern niedriger Einkommen zu beobachten. Ob diese Korrelation in einem kausalen Zusammenhang steht, konnte die Studie jedoch nicht ermitteln.

*Die Studie „Lebenszufriedenheit steigt mit der Höhe der Konsumausgaben“ von Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick vom „GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften“ finden Sie [hier](#) im „Informationsdienst Soziale Indikatoren“ (ISI Nr.51)*

## Arbeitsmarkt

### Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf den Partner

Arbeitslosigkeit hat nicht nur materielle Folgen für die oder den Betroffenen. Studien zeigen, dass ein Arbeitsplatzverlust den Gesundheitszustand verschlechtern, das Scheidungsrisiko erhöhen und sogar die Mortalitätsraten anheben kann. Auch das Umfeld, insbesondere die Familienmitglieder, sind von der Situation betroffen: Sie müssen mit einem niedrigeren Haushaltseinkommen auskommen, sind der Gefahr einer Verminderung ihres sozialen Status ausgesetzt und müssen mit einem bedrückten Lebens- oder Ehepartner fertigwerden. Dies kann weitreichende Folgen für ihre psychische Gesundheit haben.

Die psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf den Partner sind in einer kürzlich erschienen Studie des „Deutschen Instituts der Wirtschaft“ (DIW), Berlin, von dem Wissenschaftler Jan Marcus untersucht worden.

#### Datenbasis

Als Datengrundlage diente der Untersuchung die Längsschnittstudie „Sozio-ökonomisches Panel“ (SOEP), das Daten von über 15.000 zufällig ausgewählten privaten Haushalten beinhaltet, die jährlich insbesondere zu sozioökonomischen Themen befragt werden. Erhebungszeitraum der vorliegenden Studie sind die Jahre zwischen 2002 und 2012. Die Analyse beschränkt sich auf Arbeitslosigkeit in Folge von Betriebsschließungen, da bei einer Betriebsschließung davon ausgegangen werden kann, dass keine gesundheitlichen oder persönlichen Gründe Auslöser für eine Kündigung waren.

118 Personen, die wegen einer Betriebsschließung innerhalb des Erhebungszeitraumes arbeitslos geworden sind und einen im selben Haushalt lebenden Partner haben, sind für die Studie einer Vergleichsgruppe aus Personen ohne Arbeitsplatzverlust gegenübergestellt worden. Bei den Vergleichspaaren handelt es sich um statistisch ähnliche Paare mit ähnlichen demographischen, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitscharakteristika. Dies ermöglicht die Grundannahme, dass sich die psychische Gesundheit der von Arbeitslosigkeit betroffenen Paare genauso verändert hätte wie diejenige der Vergleichsgruppe, wenn keine Arbeitslosigkeit eingetreten wäre. Auf dieser Basis sollte erforscht werden, ob es einen kausalen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und psychischer Gesundheit gibt.

Die psychische Gesundheit der Befragten ist anhand eines allgemeinen medizinisch ermittelten Maßes, der „Mental Component Summary Scale“ (MCS), untersucht worden. Dabei werden zwölf Fragen gestellt, wie zum Beispiel: „Wie oft kam es in den letzten zwölf Monaten vor, dass Sie sich niedergeschlagen und trübsinnig fühlten?“ Die Antworten ergeben einen Wert, der auf die psychische Gesundheit schließen lässt.

#### Die psychische Gesundheit von Arbeitslosen und ihren Partnern

Die Untersuchungen des DIW zeigen, dass die befragten Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, insgesamt in schlechterer gesundheitlicher Verfassung sind als Erwerbstätige. Auch der Vergleich der Partner ergibt, dass Partner von Arbeitslosen eine schlechtere mentale Gesundheit aufweisen als Partner von Erwerbstätigen. Allerdings fiel den Forschern dabei auf, dass der

gesundheitliche Unterschied bei den Frauen mit arbeitslosem Partner im Vergleich zu jenen mit erwerbstätigem Partner größer ist als bei den Männern mit arbeitsloser bzw. erwerbstätiger Partnerin. Insgesamt unterscheidet sich der Effekt der Arbeitslosigkeit auf den Arbeitslosen nur minimal von dem Effekt auf seinen Partner. Da dieser Unterschied statistisch nicht signifikant ist, kommt die Studie zu dem Schluss, dass Arbeitslosigkeit die mentale Gesundheit beider Partner gleichermaßen beeinträchtigt.

### Unterschiede zwischen Männern und Frauen

Frauen reagieren stärker auf den Arbeitsplatzverlust ihres Partners, aber reagieren Paare auch insgesamt stärker, wenn der Mann den Job verliert? Aufgrund des „Vollverdiener-Rollenbildes“ liege es nahe zu vermuten, so die Forschungsarbeit, dass durch den Wegfall des Arbeitsplatzes des Mannes eine größere Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit beider Partner vorliegt. Der tatsächlich leicht erhöhte Effekt bei der Konstellation, dass der Mann den Arbeitsplatz verliert, ist allerdings statistisch nicht signifikant. Männer würden demnach also auch psychisch leiden, wenn ihre Partnerin arbeitslos wird.

Auch ohne Unterscheidung nach dem Grund der Arbeitslosigkeit erhalten die Forscher ein ähnliches Bild. Die Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit der Paare ist insgesamt zwar etwas schwächer, was u. U. auch auf selbst gewählte Arbeitslosigkeit (z. B. eigene Kündigung oder ein Sabbatjahr) zurückzuführen sei, dennoch zeigen die statistischen Werte, dass beide Partner von der Arbeitslosigkeit des anderen getroffen werden, unabhängig ob der Mann oder die Frau den Arbeitsplatz verliert. Die Partner leiden auch in diesem Szenario in etwa gleich stark.

### Fazit

Die empirische Studie des DIW zeigt, dass Arbeitslosigkeit nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch dessen Lebenspartner psychisch beeinträchtigt. Die dargestellten Durchschnittswerte verdeutlichen eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit bei beiden Partnern, unabhängig davon, ob der Mann oder die Frau arbeitslos wird.

Daher zieht der Autor der Studie das Fazit, dass in einer Analyse der Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auch die Folgen für die Familienmitglieder zu berücksichtigen seien. Die Kosten der Arbeitslosigkeit für das Gesundheitssystem könnten ansonsten unterschätzt werden. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollten aus diesem Grund mit Gesundheitsmaßnahmen einhergehen, um insbesondere zu verhindern, dass eine verschlechterte psychische Gesundheit die Wiederaufnahme einer neuen Erwerbstätigkeit gefährde.

*Die Studie „Arbeitslosigkeit trifft auch den Partner“ von Jan Marcus ist Teil einer Reihe von DIW Wochenberichten zum Thema Gesundheit. Er ist auf der [Homepage des DIW](#) abrufbar.*

## Führt Elterngeld zu mehr und besserer Beschäftigung von Frauen?

Zum 1. Januar 2007 wurde das Elterngeld eingeführt. Eltern konnten dadurch, wenn sie zur Betreuung des Kindes ganz oder teilweise von der Erwerbsarbeit pausierten, erstmals staatliche Ersatzleistungen für den Verdienstaufschlag beziehen, die sich an der Höhe des bisherigen Nettogehalts orientierten. Das Elterngeld betrug in seiner ersten Fassung 67 Prozent (jetzt 65 Prozent) des letzten Nettogehalts mit einer Deckelung auf 1.800 Euro pro Monat und ist damit sehr großzügig gestaltet. Eltern ohne Einkommen erhalten 300 Euro im Monat, was der Höhe des früheren Erziehungsgeldes entspricht. Das Elterngeld sollte insbesondere berufstätigen Frauen ermöglichen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen und gleichzeitig den Wiedereinstieg in den Beruf beschleunigen und vereinfachen. Auf diese Weise sollte es gleichzeitig zur Erhöhung der Geburtenrate und zur Steigerung der Beschäftigungsquote von Frauen beitragen.

Welche Auswirkungen die Einführung des Elterngeldes auf die Beschäftigungssituation der Mütter bis zu fünf Jahre nach der Geburt eines Kindes hat, ist Gegenstand einer aktuellen Studie des „Rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (RWI). Deren Zielsetzung war es, herauszufinden, ob sich der Anteil der arbeitenden Mütter durch das Elterngeld signifikant erhöht hat und in welcher Form sie ihre Berufstätigkeit nach der Elternzeit fortgesetzt haben.

### Vergleich zwischen Müttern mit und ohne Elterngeld

Die Studie basiert auf Daten des Mikrozensus der Jahre 2006 bis 2011 und umfasst mehr als 11.600 Mütter. Knapp 5.900 der Mütter bekamen ihre Kinder im ersten Quartal 2007 und waren damit berechtigt, Elterngeld zu beziehen. Die anderen rund 5.700 Frauen wurden im letzten Quartal 2006 Mutter und bekamen daher kein Elterngeld. Da diese zum Zeitpunkt der Zeugung der Kinder noch nichts von der Einführung der neuen Sozialleistung wissen konnten, sei die verwendete Stichprobe frei von jeglichen Selektionsverzerrungen und könne somit die Auswirkungen des Elterngeldes präzise und stichhaltig messen, so die Autoren der Studie.

### Anteil der arbeitenden Mütter gestiegen

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Elterngeld das Arbeitsmarktverhalten der Mütter nachhaltig verändert hat. Durch das Elterngeld sei der Anteil der arbeitenden Mütter signifikant gestiegen. Insbesondere bei hochqualifizierten Frauen mit einem Einkommen im oberen Drittel der Einkommensverteilung habe sich die Wahrscheinlichkeit, nach der Geburt eines Kindes erwerbstätig zu sein, um 10 Prozent erhöht.

Dieser ausgeprägte Effekt ergebe sich aus Zuwächsen in der Teilzeit-, nicht aber der Vollzeitbeschäftigung. Gleichzeitig habe sich jedoch die angebotene Arbeitszeit innerhalb der Teilzeitberufstätigkeit in der Phase drei bis fünf Jahre nach der Geburt erhöht: Mütter, die Elterngeld bezogen hatten, arbeiten viel häufiger im oberen Teilzeitbereich von etwa 23 bis 32 Stunden pro Woche als im Bereich von 15 bis 20 Wochenstunden.

## Arbeitgeber belohnen die Rückkehr der Mütter

Das höhere Arbeitsangebot der Mütter in Folge des Elterngeldes treffe auf entsprechenden Bedarf bei den Arbeitgebern. So zeigt die Studie, dass Elterngeldmütter deutlich häufiger zu dem Arbeitgeber zurückkehren, für den sie vor der Geburt des Kindes tätig waren. Diese schnelle Rückkehr mit einem höheren Arbeitszeitanteil werde darüber hinaus vom Arbeitgeber mit unbefristeten Verträgen belohnt. Unter den Müttern, die Elterngeld bezogen haben, befanden sich mehr Frauen mit einem unbefristeten Arbeitsverhältnis als unter den Müttern, die vor der Einführung des Elterngeldes Kinder bekommen hatten.

Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die Wahrscheinlichkeit von Elterngeldmüttern, innerhalb des Fünfjahreszeitraums ein weiteres Kind zu bekommen, geringfügig gesunken ist. Dies wurde insbesondere bei den jüngeren Müttern (29 Jahre oder jünger bei Geburt des betrachteten Kindes) beobachtet. Dieses Verhalten hänge vermutlich mit der Entscheidung zusammen, früher wieder in das Berufsleben zurückzukehren. Spätere Geburten seien aber nicht ausgeschlossen. Der Effekt auf die Gesamtfertilität (also insbesondere auch die Anzahl der Erstgeburten) sei empirisch nicht messbar, so die Wissenschaftler.

Außerdem stellte die Studie fest, dass weniger Mütter, die Elterngeld bezogen hatten, heirateten als Mütter, die kein Elterngeld bekommen hatten. Die Autoren der Studie erklären diesen Effekt mit dem deutschen Steuersystem, das eine gemeinsame steuerliche Veranlagung von Ehepartnern vorsieht. Da auf das Elterngeld keine Einkommensteuer erhoben wird, es aber bei der Progression mitzählt, verringere sich der steuerliche Anreiz für eine Eheschließung bei den Elterngeldmüttern. Daraus entstünden jedoch keine Nachteile für die Gesellschaft.

## Fazit

Insgesamt kommt die Studie zu dem Schluss, dass das Elterngeld die Beschäftigungssituation der Mütter fundamental verändert hat: Erstens arbeiteten mehr Mütter als zuvor; zweitens leisteten die arbeitenden Mütter längere Arbeitszeiten; drittens kehrten sie in stärkerem Maße zu ihrem früheren Job zurück; viertens belohne der Arbeitgeber dies durch unbefristete Verträge.

Die Generosität des Elterngeldes prägt insbesondere das erste Jahr nach der Geburt, sodass die Forscher derart ausgeprägte Langzeiteffekte auf das Arbeitsmarktverhalten der Mütter nicht erwartet hatten. Die Ergebnisse der Studie legen daher nahe, dass dies vor allem auf eine durch die Reform angestoßene fundamentale Neudefinition gesellschaftlicher Muster und Normen zurückzuführen ist: Das Elterngeld definiere mit seiner Bezugsdauer von 12+2 Monaten erstmals einen natürlichen „Anker“ im Sinne eines gesellschaftlich akzeptierten, durch das Bezugsende präzise definierten Zeitpunkts, an dem Mütter wieder in das Erwerbsleben zurückkehren. Und dies scheint – wie das Zusammenspiel von Arbeitsangebots- und Nachfrageeffekten zeigt – sowohl Müttern als auch deren Arbeitgebern wichtige Planungssicherheit zu geben.

Insgesamt sei es, so die Autoren der Studie, bemerkenswert zu sehen, wie diese Art eines politischen Steuerungsinstruments tiefgreifende Veränderungen im individuellen und gesellschaftlichen Verhalten verursacht. Aus der Sicht einer alternden Gesellschaft mit einer niedrigen Frauenbeschäftigungsrate und einem anhaltenden Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen bewiesen die Ergebnisse, dass die Politik geeignete Stellschrauben für eine Entwicklung in die gewünschte Richtung gefunden habe. Diese Erkenntnis und das Modell des deutschen Elterngeldes seien auch auf andere Länder übertragbar.

*Das Ruhr Economic Paper #481 „Social Norms and Mothers' Labor Market Attachment: The Medium-Run Effects of Parental Benefits“ von Jochen Kluge und Sebastian Schmitz kann [hier](#) in englischer Sprache abgerufen werden.*

## Bildung

### Modellprojekt zur frühen Lernförderung in niedersächsischen Schulen

Lesen und Schreiben lernen – manchen Kindern fällt das schwer. Ohne gezielte Unterstützung verlieren sie in diesem Bereich leicht den Anschluss an ihre Klassenkameraden. Ein Modellprojekt der Universität Hildesheim und der Jugendämter aus der Stadt und dem Landkreis Hildesheim wollte dieser Entwicklung vorbeugen. An neun Schulen wurde seit 2011 eine schulinterne Lösung mit fast 500 Drittklässlern erprobt. Im Ergebnis konnten zwei Drittel der Kinder, die über zwei Jahre an der Förderung teilnahmen, ihre Schwächen überwinden.

Zu Beginn des Projekts zeigten 33 Prozent der bei einer Lernstanderhebung untersuchten Kinder im Lesen oder Schreiben unterdurchschnittliche Leistungen verglichen mit anderen Schülern ihrer Klassenstufe. Diese Kinder trügen ein hohes Risiko, dauerhaft im Lesen und Schreiben hinter ihren Klassenkameraden zurück zu bleiben. Folgen seien Schulunlust, Verhaltensauffälligkeiten und seelische Probleme, so Projektleiterin Prof. Dr. Claudia Mähler von der Universität Hildesheim. Die Kinder erlebten wiederkehrend Misserfolge – und die Eltern, die nicht mehr wissen, wie sie ihrem Kind helfen können, stünden ebenfalls unter Druck. Häufig folgten Nachmittage mit kostspieliger Nachhilfe und Lerntherapie.

#### Lerntherapie in den Schulalltag integriert

Die schulinterne Förderung dieser „Risikokinder“ – immerhin ein Drittel – war Gegenstand des Modellprojekts „LeFiS – Lernförderung in Schulen“. Die auffälligen Kinder wurden während der Unterrichtszeit zwei Stunden pro Woche in einer Kleingruppe von professionellen Lerntherapeuten gefördert. Damit entfiel die Belastung für Eltern und Kind durch einen zusätzlichen Termin nach der Schule und die Kinder haben den Nachmittag frei, um zum Beispiel im Verein Fußball zu spielen oder in die Musikschule zu gehen.

Darüber hinaus konnten die Kinder das in der Therapie Erlernte später leichter auf die Unterrichtssituation anwenden. Über zwei Jahre wurden die Kinder bis zum Ende des vierten Schuljahres begleitet. Fortschritte im Lesen und Schreiben wurden durch die Universität überprüft.

#### Vielversprechende Ergebnisse

Im Ergebnis können die Forscher eine erfreuliche Entwicklung feststellen. 62 Prozent der Kinder, die über die gesamten zwei Jahre an der Förderung teilnahmen, konnten ihre Schwächen überwinden. Ihre Leistungen im Lesen und/oder Schreiben hatten sich an die ihrer Mitschüler angeglichen und lagen nun im durchschnittlichen Bereich.

Kinder, die sich durch die schulinterne Förderung nicht verbessern konnten, hatten schon in der zweiten Klasse deutliche Schwierigkeiten. Nach Meinung der Forscher konnten sie von der Arbeit in Kleingruppen nicht ausreichend profitieren, um ihre Leistungen zu verbessern, sondern müssten individuell oder in sehr kleinen Gruppen (bis drei Schüler) gefördert werden.

---

## Fazit

Frühe Lernförderung in Schulen sei eine sehr gute Möglichkeit, Kinder mit Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben zu unterstützen und ihnen beim Überwinden ihrer Schwächen zu helfen, so das Fazit der Mitarbeiter der Jugendämter und der Wissenschaftler der Universität Hildesheim. Besuchten die Kinder erst mal die weiterführende Schule, sei es für die meisten schon zu spät, ihre Lese- und Schreibfähigkeiten zu verbessern. Zum Ende der vierten Klasse setzten die Lehrerinnen und Lehrer gewöhnlich voraus, dass die Kinder lesen können und vertieften das Üben nicht mehr. Kinder, die dann noch nicht den Anschluss gefunden hätten, machten dann Rückschritte. Kindern mit gravierenden Schwierigkeiten sollte man jedoch eine längerfristige Einzeltherapie anbieten. Die Rückmeldungen der beteiligten Schulen und Lerntherapeuten unterstreichen dieses Ergebnis.

An einigen Schulen, wie zum Beispiel an der Grundschule Barnten im Landkreis Hildesheim, wird das Projekt fortgeführt.

*Der Artikel basiert auf der Ergebnispräsentation des Projekts „LeFIS“ vom 27.11.2013. Der Abschlussbericht des Projekts ist noch nicht veröffentlicht. Über die Pressestelle der Universität Hildesheim kann aber Kontakt zu den Forschern aufgenommen werden (Kontakt: Isa Lange, E-Mail: [presse@uni-hildesheim.de](mailto:presse@uni-hildesheim.de)).*

## Gesundheit

### AOK-Familienstudie 2014

Die „AOK-Familienstudie 2014“ trägt den Titel „Gesunde Kinder – Gesunde Zukunft“. Es ist die dritte Studie ihrer Art. Sie knüpft an die Vorgängerstudien 2007 und 2010 an und liefert empirische Belege für den Erhalt und die Verbesserung der Kindergesundheit durch die Familie. Die wissenschaftliche Arbeit fragt nach den Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Ressourcen für die Alltagsbewältigung in den Familien und den Umgang mit Medien im Familienalltag.

Das „Sinus-Institut für Markt- und Sozialforschung“ hat im Auftrag der AOK im Oktober und November 2013 Eltern mit mindestens einem Kind zwischen vier und 14 Jahren telefonisch befragt. Insgesamt nahmen 1.503 Personen an der Befragung teil. Interviewpartner war die Person im Haushalt, die die Hauptverantwortung für die Erziehung trägt. Bei der Mehrzahl der Befragten handelte es sich um Mütter. Der Anteil der Väter lag bei 24 Prozent und der der Alleinerziehenden bei 13 Prozent. Insgesamt waren Befragte mit höherer Bildung wie schon bei der Vorgängerstudie in der Überzahl.

#### Gute Gesundheit überwiegt

Zwei Drittel der befragten Eltern sagten, dass es ihnen sehr gut oder gut gehe. Nur 6 Prozent klagten über einen schlechten Gesundheitszustand. Eltern in Paarfamilien gehe es besser als Alleinerziehenden. Die Studie zeigt, dass 70 Prozent der Eltern in Paarfamilien über eine gute bis sehr gute Gesundheit verfügen. Bei den Alleinerziehenden sei es weniger als die Hälfte. Lediglich 5 Prozent der Paarfamilien klagten darüber, dass es ihnen allgemein sehr schlecht gehe. Bei Alleinerziehenden liege der Anteil bei 17 Prozent. Ähnlich sieht das Bild in Bezug auf die seelische Verfassung aus. Während 83 Prozent der Eltern in Paarfamilien angaben, noch nie seelische Schwierigkeiten gehabt zu haben, waren es bei den Alleinerziehenden mit 64 Prozent deutlich weniger.

Genau wie 2010 ging man auch in der neuen Familienstudie der Frage nach, inwieweit sich Mutter oder Vater zeitlich, finanziell, psychisch, körperlich und partnerschaftlich belastet fühlen. Hierbei wurde deutlich, dass sich das Leben der Familien in fast allen Bereichen entspannt hat. Während 2010 ein Drittel der Befragten über finanzielle Probleme klagte, sind es 2014 nur noch 28 Prozent. Die psychische Belastung ging von 32 Prozent auf 25 Prozent zurück. Auch die partnerschaftliche und die körperliche Belastung sanken gegenüber der ersten Studie. Die Forscher führen dies in erster Linie auf die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zurück.

#### Zeitstress ist die zentrale Belastungsdimension

Ein gravierendes Ergebnis bringt die neue Studie zu Tage: Eltern in Deutschland leiden vor allem unter Zeitknappheit. Der Anteil der Eltern, die sich durch Zeitstress stark belastet fühlen, sei innerhalb von vier Jahren von 41 auf heute 46 Prozent gestiegen. Die Belastungsfaktoren beeinflussen sich gegenseitig. Am stärksten werde dieser Zusammenhang zwischen zeitlichen und seelischen Belastungen deutlich. So fühlten sich Kinder gestresster Eltern deutlich häufiger gesundheitlich beeinträchtigt.

Insgesamt zeige jedes fünfte Kind in Deutschland laut Studie regelmäßig Beschwerden wie Gereiztheit, Einschlafstörungen, Bauch- oder Kopfschmerzen. 24 Prozent der Eltern, die sich zeitlich stark belastet fühlen, hätten Kinder mit solchen Beeinträchtigungen. Bei Eltern, die weniger unter zeitlichem Druck stehen, seien es nur 16 Prozent. Abhilfe könnten hier verlässliche Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten und die Option zum Home-Office bieten. Die Studie verdeutlicht: Eltern, die sich als gesund bezeichnen, haben zu 57 Prozent die Möglichkeit, flexibel zu arbeiten. Bei Eltern mit schlechtem Gesundheitszustand sind es nur 38 Prozent.

### Medienkonsum bei Kindern

Beim Medienkonsum der Kinder wurden die Nutzung von Fernsehen, Handys, Smartphones und Videokonsolen untersucht. Die Forscher stellten fest, dass die Eltern diesen Konsum regulieren. Die Begrenzung der Medienzeit sei vom Bildungsniveau der Eltern abhängig. Je höher der Bildungsabschluss, desto eingeschränkter sei der Medienkonsum der Kinder. Nur bei der Nutzung von Smartphones griffen die Eltern seltener ein. Während die Jungen als technisch versierter eingeschätzt würden, seien Mädchen kritischer hinsichtlich der Inhalte. Ab dem Alter von zehn Jahren beschäftigten sich Kinder in der Regel allein mit dem PC. Teenager in Alter von 13 bis 14 Jahren nutzten mehrheitlich das Internet ohne Eltern. Das Smartphone nutzten die 10- bis 12-Jährigen zu 45 Prozent und die 13- bis 14-Jährigen zu 69 Prozent alleine. Medienangebote zur Belohnung oder Bestrafung einzusetzen werde von der Mehrzahl der Eltern abgelehnt. 16 Prozent setzten Medienzugang als Bestrafung und 5 Prozent Medienangebote als Belohnung ein. Alleinerziehende seien begründet durch die längere Abwesenheit von zu Hause weniger in der Lage, den Medienkonsum ihrer Kinder zu kontrollieren.

Insgesamt seien 93 Prozent der befragten Eltern mit ihrem Familienleben zufrieden. Sie gaben an, dass zu den schönsten Familienmomenten gemeinsame Mahlzeiten, Gespräche mit dem Kind oder das gemeinsame Lesen/Vorlesen gehören.

### Empfehlungen

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann von der „Hertie School of Governance“ in Berlin und Prof. Dr. Ulrike Ravens-Sieberer von der Universitätsklinik Hamburg Eppendorf haben vier Empfehlungen verfasst, mit denen die Eltern den eigenen Alltag besser bewältigen und damit auch die Gesundheit ihrer Kinder verbessern bzw. bewahren können:

- auf die eigene Gesundheit achten, Auszeiten nehmen
- mehr gemeinsame Zeit mit der Familie verbringen, feste Regeln und Routinen
- Aufbau eines sozialen Unterstützungs-Netzwerkes
- gesundheitliche Signale des Kindes beachten, da sich oft Probleme in Kita, Schule oder mit Freunden dahinter verbergen

Die „AOK-Familienstudie 2014“ finden Sie [hier](#).

## Pflege

### Helpen Apps bei Demenz?

Sollte es wirklich möglich sein, mit Apps Menschen mit Demenz behilflich zu sein? Vielen älteren Menschen fällt es doch schon schwer, mit dem Handy zu telefonieren oder eine SMS zu schreiben. Das „Zentrum für Qualität in der Pflege“ (ZQP) hat in seiner im Juni 2014 veröffentlichten Pilotstudie erstaunliche Ergebnisse zu Tage gefördert. Die Studie „Aktivierung von Menschen mit Demenz im Pflegeheim“ wurde von Forschern der „Charité“-Universitätsmedizin, Institut für Medizinische Soziologie, unter Leitung von Prof. Dr. Adelheid Kuhlmeier im Zeitraum von September 2012 bis April 2014 durchgeführt. Im Speziellen wurde untersucht, wie sich die Arbeit mit Tablet-PCs auf die Lebensqualität, das Wohlbefinden, das Aktivitätsniveau und die soziale Teilhabe demenziell erkrankter Pflegeheimbewohner/-innen auswirkt.

#### Anlass für die Studie

Die Anregung, eine solche Studie durchzuführen, entstand nicht am grünen Tisch. Tablet-PCs im Pflegebereich einzusetzen, geht auf die Idee einer Mitarbeiterin des „Domicil“-Pflegeheims „Am Schloßpark“ in Berlin-Pankow zurück. Sie war von dieser neuen Technik begeistert, weil sie dadurch die Pflegebedürftigen besser erreichen und aktivieren konnte. Erstaunlich sei es gewesen, dass die Heimbewohner mehrheitlich ganz unbefangen, ja sogar spielerisch mit dem Tablet umgingen. Von der positiven Resonanz der Heimbewohner überzeugt, kontaktierten die Mitarbeiter des Seniorenheims die Wissenschaftler der „Charité“ mit der Bitte, die beobachteten positiven Effekte wissenschaftlich zu untersuchen.

#### Methoden der Pilotstudie

Für die Pilotstudie wurden qualitative und quantitative Methoden der Sozialforschung angewandt. Im Zentrum stand die strukturierte dreimonatige Beobachtung. Daneben wurden standardisierte Befragungen und Tests sowie Experteninterviews durchgeführt. Zudem wurden die Pflegedokumentation und Kameraaufzeichnungen ausgewertet. In der Pilotphase sei man bestrebt gewesen, das Untersuchungsfeld kennenzulernen sowie Forschungsfragen und Hypothesen zu entwickeln. Die Beobachtungsprotokolle und Interviews wurden mit speziellen Programmen aufbereitet und ausgewertet. An der Studie beteiligten sich 14 von Demenz betroffene Bewohner zwischen 70 und 100 Jahren. An drei Tagen in der Woche beschäftigten sie sich jeweils fünf- bis sechsmal für eine halbe Stunde lang mit einem Tablet. Unter Anleitung von Pflegekräften wurden dabei z. B. Buchstaben sortiert, Quizfragen beantwortet, ehemalige Urlaubsorte besucht, Fotos angeschaut und Musik gehört.

#### Einige Effekte der Aktivierung mit Apps

Eines der wichtigsten Potenziale der Arbeit mit Apps auf dem Tablet bestehe darin, Kommunikation zum demenzbetroffenen Heimbewohner aufzubauen. Dabei kann jede Person genau auf ihrem Niveau bezüglich ihres Wissens, ihrer Interessen und ihrer Demenzstufe „abgeholt“ werden. Die Wissenschaftler stellten fest, dass die Bewohner unabhängig vom Erfolg ihrer Aktion sehr viel Anerkennung und Wertschätzung erfahren – vom Betreuer, voneinander, aber auch von der Software.

Die ersten Untersuchungen zeigten, dass mithilfe von Tablets das Wohlbefinden und die Selbständigkeit von Pflegeheimbewohnern positiv beeinflusst werden können. Es gelinge, das Gedächtnis zu trainieren, miteinander Kontakt aufzunehmen, aber auch typische Verhaltensauffälligkeiten wie innere Unruhe und Apathie bei den Studienteilnehmern zu reduzieren. Pflegekräfte könnten so entlastet und sogar der Kontakt zu Angehörigen verbessert werden. Im Abschlussbericht der Studie werden zahlreiche „getestete“ Apps (S. 99) vorgestellt und hinsichtlich ihres Inhalts sowie ihrer Vor- und Nachteile bewertet.

### Fallstudien geben einen konkreten Einblick

Herr F. (S. 107) erhielt beim Spiel „Wer wird Millionär?“ von den Mitspielern, Betreuern und Heimbewohnern den Spitznamen „der schlaue Fuchs“, weil er mit seinem Allgemeinwissen alle in den Schatten stellte. Wenn ihn die Betreuer jetzt mit diesem Spitznamen ansprechen, reagiere er sehr positiv.

Frau He., einer Urberlinerin im „Domicil“-Pflegeheim, stehe die Freude ins Gesicht geschrieben, wenn sie mit ihrem Sohn skype (S. 120). Sie rede mit ihrem Sohn, als ob er vor ihr säße. Berührend sei es, wenn sie mit den Fingern über das Display fahre, um sein Gesicht zu streicheln.

*Die ausführlichen Fallstudien, Ergebnisse und Hinweise der Studie „Aktivierung von Menschen mit Demenz im Pflegeheim“ des „Zentrums für Qualität in der Pflege“ (ZQP) finden Sie [hier](#).*

## Eine Oase in Zwickau

Wenn man an eine Oase denkt, dann stellt man sich vor, nach einem langen, entbehrungsreichen Weg an einem Fleckchen Erde anzukommen, an dem paradiesische Zustände herrschen. Auch mit Pflegeoasen verbindet man die Vorstellung, dass es den Bewohnern dort sehr gut geht. Der „Arbeiter-Samariter-Bund“ hat in Zwickau eine nach eigenen Angaben bisher einzigartige Wohnform für Menschen mit Demenz errichtet: die Pflegeoase am ASB-Seniorenpflegeheim „Willy Stabenau“.

### Besonderheiten der Zwickauer Pflegeoase

Vor einem Jahr, am 3. Juni 2013, erfolgte der erste Spatenstich für dieses neue Wohnmodell. Die Bewohner des Seniorenheims staunten, wie sich die Baustelle vor ihrem Haus von Tag zu Tag veränderte. Trotz des Baulärms empfanden sie es als willkommene außergewöhnliche Abwechslung, vom Garten oder vom Balkon aus den Bauarbeitern zuzusehen. Nach nur einem Jahr wurde die Pflegeoase eröffnet. Im ASB-Seniorenpflegeheim leben künftig zehn Menschen mit hohem Pflegebedarf in einer Hausgemeinschaft zusammen. Der Autor Steve Schrader berichtet in der Zeitschrift „CAREkonkret“ (Ausgabe 25, S. 7) davon, dass Heimleiter Matthias Sachse schon vor etwa fünf Jahren die Idee entwickelte, schwerst demenziell betroffene Bewohner auf eine spezielle Weise zu versorgen. Die Zeiteinteilung von 20 Prozent für Beschäftigung und Therapie und der Rest für Körperpflege und Nahrungsaufnahme schien ihm für diese Bewohnergruppe nicht angemessen. Er war auf der Suche nach einem Modell, das „keine

Extraverhandlungen mit den Kassen“ erforderte. Ganz bewusst wollte er mit den ihm zur Verfügung stehenden 5,3 Vollzeitstellen auskommen. Wichtig war für ihn dabei ein guter “Personalmix“. Neben Altenpflegefachkräften beschäftigt er auch eine Heilerziehungspflegerin und eine Ergotherapeutin. Seinen Vorstellungen von einer wirklichen Pflegeoase kam das Modell des „Kuratoriums Deutsche Altershilfe“ (KDA) am nächsten.

### **Die KDA-Pflegeoase**

Das Modell der „KDA-Pflegeoase“ besteht im Gegensatz zu anderen bekannten Modellen wie z. B dem Seniorenzentrum Holle (Niedersachsen) nicht aus einem großen Mehrbettzimmer, sondern aus einem großen Raum mit angrenzenden Einzelzimmern für die Bewohner. Nach Ansicht von Heimleiter Sachse ist es wichtig, dass jeder Mensch, auch wenn er von Demenz betroffen ist, eine Rückzugsmöglichkeit hat. Das war ein Grund, warum er das Oasenkonzept des KDA präferierte.

In Regie des ASB entstand in Zwickau ein 750.000 Euro teurer ovaler Bau mit einem speziellen Lichtkonzept. Im Zentrum befindet sich ein großer Gemeinschaftsraum mit Kamin. Die kleinen individuellen Bewohnerzimmer sind um diesen Raum angeordnet und ermöglichen direkten Sichtkontakt zur offenen Wohnküche und den dort immer anwesenden Mitarbeitern. Auch wenn die Heimbewohner sich zurückziehen und im Bett liegen möchten, fühlen sie sich durch den möglichen Sichtkontakt nicht ausgeschlossen. Auf die üblichen Nasszellen wurde zu Gunsten des großen Gemeinschaftsraumes und eines großen Baderaumes verzichtet. Für diese spezielle Bauweise war eine Sondergenehmigung erforderlich. Diese wurde erteilt, weil die Einrichtung unter die Experimentierklausel des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes falle.

### **Pflegeoasen – auf dem Weg vom Exoten zur anerkannten Wohnform**

Das „Institut für sozialpolitische und gerontologische Studien“ (ISGOS) in Berlin hat Pflegeoasen in Deutschland wissenschaftlich begleitet. Die Ergebnisse wurden auf einer Tagung in Passau am 13. Mai 2014 vorgestellt. Dort wurden Wohnformen für unterschiedlichste Demenzstadien präsentiert. Das Fazit fiel eindeutig aus: Bei allen Bewohnern mit vergleichbaren Demenzstadien erweise sich die kommunale Betreuungsform als vorteilhafter für soziale Beziehungen und positive Stimmungen.

*Einen Kurzbesuch in der Zwickauer Pflegeoase ermöglichen der [Video-Beitrag](#) von TeleVision Zwickau und der [Bericht](#) des ASB Kreisverbands Zwickau e.V. Weitere Informationen zu Pflegeoasen in Deutschland bietet das „Institut für sozialpolitische und gerontologische Studien“ (ISGOS) unter [www.isgos.de](http://www.isgos.de).*

## Europa

### Europäische Bürgerinitiative zum Schutz von Embryonen

Seit vielen Jahren fällt der Begriff „Demokratiedefizit“ im Zusammenhang mit der Europäischen Union. Gemeint ist, dass das politische Handeln der EU nicht ausreichend demokratisch legitimiert ist. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, wurde eine Möglichkeit der direkten Teilhabe für die Bürgerinnen und Bürger der EU mit dem Lissabon-Vertrag 2009 geschaffen: die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Die Regeln für eine solche Initiative sind schnell erklärt: Gelingt es einer Initiative, mindestens eine Millionen Unterschriften aus sieben oder mehr Mitgliedstaaten zu sammeln, muss die EU-Kommission zu dem Thema offiziell Stellung beziehen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf muss sie jedoch nicht zwangsläufig vorlegen.

Im Februar dieses Jahres war die Bürgerinitiative „Right2Water“ die erste, welche die Vorgaben erfüllte. Ihr Ziel war es, die Privatisierung der Wasser- und Abwasserversorgung zu verhindern und die Anerkennung des Zugangs zu Trinkwasser als Menschenrecht zu erreichen. Die Europäische Kommission stimmte zu, die Initiative war größtenteils erfolgreich.

#### 1,9 Millionen Unterschriften für „Einer von uns“

Eine zweite Initiative unter dem Namen „Einer von uns“ erregt nun jedoch weit größeres Aufsehen. Die Initiative hatte bis März 2014 fast 1,9 Millionen Unterschriften gesammelt, und damit fast doppelt so viele, wie für ihre Zulassung notwendig gewesen wären. Ihr erklärtes Ziel: „Die [EU-]Finanzierung sämtlicher Aktivitäten zu beenden, welche zur Zerstörung und Tötung menschlicher Embryonen führen“. In dieser Forderung ist die zutiefst ethische Frage enthalten, ob die Verschmelzung von Ei- und Samenzelle ein „embryonaler Mensch“ ist, welcher entsprechende Rechte genießt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass unter den zahlreichen Botschaftern der Bürgerinitiative auch Papst Franziskus sowie dessen Vorgänger Benedikt XVI. sind.

Tatsächlich wären von einem entsprechenden Gesetzesentwurf gleich drei Bereiche der EU-Politik betroffen: Die EU-Förderung von Stammzellenforschung, Teile des öffentlichen Gesundheitswesens sowie die Entwicklungshilfe durch das „Europäische Amt für Zusammenarbeit“ (EuropeAid). Die finanzielle Dimension dieser Förderung betrug zwischen 2007 und 2013 insgesamt 156,7 Millionen Euro für Zellforschungsprojekte sowie jährlich 120 Millionen Euro der Gelder für Entwicklungshilfe, welche für mütterliche bzw. reproduktive Gesundheit ausgegeben werden. Zum letzten Aspekt schrieben die Initiatoren in ihrem Entwurf: „Die Entwicklungshilfe der Union darf nicht zur Finanzierung von Abtreibungen verwendet werden, sei es direkt oder indem Organisationen finanziert werden, die Abtreibungen durchführen oder fördern“.

#### Auf Ablehnung gestoßen

Mitte April durfte die „Einer-von-uns“-Initiative ihr Anliegen zuerst vor dem Europäischen Parlament vortragen, anschließend gab es eine Anhörung mit Vertretern der Kommission. Im Mai folgte ein Novum: Die Kommission lehnte die Bürgerinitiative ab. Die gegenwärtige Politik solle fortgeführt werden, einen Vorschlag zur Änderung der gültigen Gesetze werde es nicht geben. In der schriftlichen Begründung der Kommission wurde vorsichtig auf das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten verwiesen, welche erst kurz zuvor die EU-Politik in diesen Bereichen erörtert und beschlossen hätten. Demnach hätte ein Gesetzesvorschlag

der Kommission keine Erfolgsaussichten im Ministerrat (der Vertretung der Mitgliedstaaten) und im Europaparlament. Zudem seien die geltenden EU-Vorschriften für Forschungsprojekte mit menschlichen embryonalen Stammzellen, welche mit EU-Geldern gefördert werden können, ausreichend. Voraussetzung sei neben der Einhaltung nationalen Rechts und der wissenschaftlichen Validierung der Forschungsmethoden auch das Gebot, dass die EU-Gelder nicht zur Gewinnung neuer Stammzelllinien verwendet werden dürfen.

Die mündliche Stellungnahme der zuständigen EU-Kommissarin für Forschung und Innovation, Máire Geoghegan-Quinn, machte die Haltung der Kommission jedoch wesentlich deutlicher: „Wir haben uns mit der Bürgerinitiative befasst und ihre Anfrage berücksichtigt. Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben jedoch aus gutem Grund beschlossen, die Finanzierung in diesem Bereich fortzusetzen. Embryonale Stammzellen sind einzigartig und bieten das Potenzial für lebensrettende Behandlungen.“ Die Entscheidung der Kommission, die Initiative nach eigenem Ermessen abzulehnen, entspricht zwar nicht dem Grundgedanken der „Europäischen Bürgerinitiative“, Bürgerinnen und Bürgern den direkten Einfluss auf EU-Politik zu ermöglichen, wohl aber dem geltenden EU-Recht.

### Ein Fall für den Europäischen Gerichtshof?

Die Initiatoren der „Einer-von-uns“-Initiative hingegen wollen sich nicht zufrieden geben. In einer Stellungnahme schrieb die „Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft“ (COMECE), sie bedauere die Entscheidung der EU-Kommission und wolle diese nun vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg bringen. Gegründet auf ethischen, rechtlichen, wissenschaftlichen und auch wirtschaftlichen Argumenten sei es die Überzeugung der COMECE, dass eine Finanzierung der Forschung mit embryonalen Stammzellen nicht akzeptiert werden könne.

Tatsächlich gibt es für eine entsprechende Klage vor dem EuGH eine Grundlage: In einem Urteil vom Oktober 2011 zur Patentierung von Verfahren, welche die Zerstörung eines Embryos zur Folge hat, heißt es, dass „jede menschliche Eizelle vom Stadium ihrer Befruchtung an als ‚menschlicher Embryo‘ anzusehen [ist], da die Befruchtung geeignet ist, den Prozess der Entwicklung eines Menschen in Gang zu setzen.“ Aus Sicht der „Einer-von-uns“-Initiatoren ergeben sich aus diesem Urteil weitreichende Folgen für das gesamte EU-Recht, einschließlich der Bereiche der Forschung und der Entwicklungshilfe.

Ob der EuGH dieser Argumentation folgt, bleibt abzuwarten. Ungeachtet vom Ausgang des Rechtsfalles hat die Initiative jedoch bewirkt, dass sich die drei großen Institutionen der Europäischen Union (EU-Parlament, Kommission und EuGH) mit der Frage beschäftigen, ob menschliches Leben mit dem Befruchten einer Eizelle beginnt.

*Weitere Informationen zu der Initiative „Einer von uns“ finden Sie auf der [Homepage der Europäischen Bürgerinitiative](#), in der [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 28.05.2014](#) und in dem [Videobericht](#) über die Anhörung der Initiative vor dem EU-Parlament.*

## Materialien

### Gerhard Klas/Philip Mader (Hg.): Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik

Frankfurt a. M., New York: Campus, 2014, 214 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-593-50112-3

Mikrokredite sind seit mehr als zehn Jahren zentraler Bestandteil der Entwicklungspolitik. Sie werden als Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut gepriesen, mit der sich auch in prekären Verhältnissen lebende Menschen eine Existenzgrundlage aufbauen und Frauen sich emanzipieren können. Die Mikrofinanzindustrie verspricht, dass mit ihren Krediten erfolgreich Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden kann. Unter dem Stichwort „Social Business“ werben Finanzprogramme für eine humane, entwicklungsorientierte Marktwirtschaft. Drei Jahrzehnte nach Gründung der weltbekannten „Grameen Bank“ durch den späteren Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gibt es allerdings keine stichhaltigen Belege für die Versprechen der Mikrofinanz. Im Gegenteil: 2010 wurden Meldungen von Selbstmorden verzweifelter Schuldnerinnen und Schuldner bekannt. Nach und nach erschienen immer mehr kritische Berichte sowie Enthüllungen über Wucherzinsen und Ausbeutung bei Mikrokrediten. Die Frage nach den Schattenseiten der Mikrofinanz stand plötzlich im Raum.

#### Kritisches Forschungsprojekt zum Thema Mikrofinanz

Aus diesem Grund haben Wissenschaftler des „Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung“ angefangen, das Konzept und die Praxis von Mikrokrediten genauer unter die Lupe zu nehmen. Im August 2013 lud das Institut erstmals im deutschsprachigen Raum zu einer kritischen Fachtagung zum Thema Mikrofinanzen nach Köln ein. Die dort präsentierten Beiträge wurden nun von Gerhard Klas und Philip Mader als Sammelband herausgegeben.

Die Autorinnen und Autoren des Bandes – Wissenschaftler, Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit und Journalisten – zeigen, warum der Versuch, Armut mit Mikrokrediten zu bekämpfen, aus ihrer Sicht gescheitert ist. Sie kritisieren ein System, das Profitinteressen mit Entwicklungshilfe verbinden will und Arme durch Kredite in noch größere Abhängigkeit treibt. Die Verfasser der Beiträge diskutieren aber auch Wege einer solidarischeren Entwicklungspolitik, die unter anderem auf subventionierte Kredite setzt, auf die Stärkung des öffentlichen Sektors und damit auf Kooperation statt auf Einzelkämpfertum.

Gerhard Klas, Journalist und Buchautor, war mehrmals in Südasien, um die Praxis der Mikrofinanz zu untersuchen. 2011 veröffentlichte er mit dem Buch „Die Mikrofinanz-Industrie: Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut“ einen vielbeachteten Sachbuchbestseller. Philip Mader ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Basel. Für seine Doktorarbeit zu Mikrofinanzen wurde er mit dem Deutschen Studienpreis und der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft ausgezeichnet.

#### Gliederung des Buches

Das Buch ist in drei thematische Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil („Versprechen und Realitäten der Mikrofinanz“) behandeln

sechs Beiträge die Auswirkungen der Mikrokreditvergabe in Bangladesch, Indien und im Sudan sowie länderübergreifend.

Der zweite Teil des Buches befasst sich mit „neuen Entwicklungen und falschen Alternativen“. Hier werden u. a. der Trend „soziales Unternehmertum“ durch die Joint Ventures der „Grameen Bank“ mit internationalen Konzernen in Bangladesch entzaubert und die Kommerzialisierung des Mikrofinanzsektors als kontraproduktiv für sein ursprüngliches Ziel, die Armutsbekämpfung, geschildert. Darüber hinaus werden die Auswirkungen von Mikroversicherungen und das diffuse Leitbild der „finanziellen Inklusion“ in der inzwischen umfassenden Mikrofinanz untersucht. Wurde Armut früher „als Geldmangel aufgefasst, den es durch Unternehmertum zu überwinden galt“, so versteht man sie heute eher als Mangel an Finanzinstrumenten, so die Forscherin Sophia Sabrow. Ein weiterer Beitrag behandelt neoliberale Geschäftspraktiken im Sanitär- und Gesundheitsbereich im Kambodscha.

Der dritte und politischste Teil des Buches („Schulden und die neoliberale Kolonialisierung von Lebenswelten“) befasst sich mit der Frage, ob Armut durch Mikrofinanz überhaupt reduziert, oder nicht vielmehr verfestigt wird. Verschiedene Beiträge untersuchen die Auswirkungen von Mikrokrediten auf die Gesellschaft in den Entwicklungsländern und das Verhältnis zwischen Nord und Süd in der Welt.

### **Von der Gründungsfinanzierung zum Konsumentenkredit**

Wie das Buch darstellt, scheint ein Hauptproblem der massenhaften Verbreitung von Mikrokrediten zu sein, dass sie in mehr als der Hälfte der Fälle nicht als Anschubfinanzierung für produktive Investitionen, sondern zu Konsumzwecken verwendet werden. Mit Investitionskrediten werden Gründer und Kleinstunternehmer in die Lage versetzt, Erträge zu erwirtschaften, von denen sie und eventuell auch ihre Familien leben können. Aus den Überschüssen können Zins und Tilgung gezahlt werden. Das vielzitierte Beispiel einer Frau, die mit einem Kleinstkredit eine Nähmaschine kauft und künftig als Näherin ein Einkommen erwirtschaftet, verbildlicht diesen Idealtypus, der jedoch, wenn es nach der Autorin Andrea Rahaman geht, „endlich ins Märchenreich zu verbannen“ sei.

Seit die Kommerzialisierung der Mikrofinanz nach dem durch den Nobelpreis an Muhammed Junus ausgelöstem Boom zu einer regelrechten Mikrokreditblase geführt hat, seien verstärkt Ausgaben wie z. B. für Operationen, Medikamente, die Anschaffung von Gebrauchsgütern, die Ausrichtung von Hochzeiten oder die Zahlung der Mitgift über Mikrokredite finanziert worden. Aus dem Investitionsdarlehen als „Hilfe zur Selbsthilfe“ wurde damit ein Verbraucherkredit. Wie der Schuldendienst erwirtschaftet werden sollte, blieb ungeklärt. Die Gelder brachten keinen produktiven Mehrwert, den Armen fehlt zudem die Möglichkeit, für die Raten zu sparen. Häufig mussten die Kreditnehmer sogar weitere Darlehen, oft bei den örtlichen Kredithaien, aufnehmen, um den ursprünglichen Mikrokredit bedienen zu können, und überschuldeten sich hoffnungslos. Hier beginnt die Abwärtsspirale, die schon viele Schuldner in den Selbstmord getrieben hat.

### **„Mikrokredite sind wie schmutziges Wasser, das man an Verdurstende verkauft“ (Malcolm Harper, 2012)**

So führten Mikrokredite denn auch „eher zur Einschüchterung als zum Empowerment der Armen“, wie die Gründerin einer

Entwicklungsorganisation in Bangladesch, Andrea Rahaman, schreibt. Sie äußert in ihrem Beitrag den Verdacht, man habe die Armen bewusst in eine Schuldenfalle gelockt, um Geschäfte mit ihnen machen zu können. Besonders prekär werde die Situation dadurch, dass auch soziale Hilfsprogramme ihre Gelder zunehmend in Mikrokreditfonds umgeleitet hätten. Bangladesch sei mittlerweile ein „Versuchslabor für marktliberale Entwicklungshilfe“ geworden, schreibt die Journalistin Kathrin Hartmann in ihrem Beitrag.

Ein weiteres großes durch Mikrokredite ausgelöstes Problem sei die Tatsache, dass ehemals öffentlich finanzierte Fürsorgeaufgaben nun privatisiert würden. Wenn Behandlungskosten, sanitäre Anlagen oder die Schulbildung per Kredit von Privatleuten finanziert würden, könne sich der Staat von der Verantwortung lösen, die Grundversorgung bereitzustellen. Ein aktiver Staat sei jedoch Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung, so Werner Raza, Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung in seinem Artikel. Auf diese Weise würden Mikrokredite „Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Ungleichheit zementieren“, meint Rahaman. Der Geschäftsführer von „medico international“, Thomas Gebauer, schreibt in seinem Beitrag: „Mikrokredite privatisieren gesellschaftlich verursachte Not“. Die Schulden halfen bei der Disziplinierung und politischen Kontrolle der Armen und hielten sie von kollektiven „Aufmüpfigkeiten“ ab. Soziale Gerechtigkeit durch Finanzprodukte schaffen zu wollen, sei ein „äußerst mangelhafter Ersatz für öffentliche Fürsorge oder eine gerechtere Produktionsweise“, so der Ko-Herausgeber Philip Mader in seiner Zusammenfassung.

## Fazit

Die ernüchternde Erkenntnis der Autoren in diesem Sammelband lautet: Die massenhafte Vergabe von Mikrokrediten bringt keine wirtschaftliche Entwicklung und generiert keine neue Wertschöpfung. Für einen positiven Effekt von Mikrokrediten gebe es bis heute keine wissenschaftlichen Belege. Lediglich der Sektor der Mikrofinanz sei nachweislich gewachsen. Mikrokredite lösten die wirtschaftsstrukturellen Probleme der Armut nicht. Im Gegenteil: Mit exorbitant hohen Zinsen bürdeten sie Menschen mit unsicheren Existenzen und wenig Chancen nachweislich zusätzliche Schulden, Risiken und Arbeit auf. Der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ verschleierte nur die Ursachen der Armut anstatt sie zu bekämpfen, so die Herausgeber.

Ideologisch entstamme das Modell der Mikrofinanz dem „liberal-kapitalistischen Politikverständnis“. Das Konzept habe dafür gesorgt, „der neoliberalen Entwicklungspolitik zu einem menschlichen Antlitz zu verhelfen“. Mikrokredite seien „ein wichtiges Mittel, um mehr Menschen in Konsum und Kapitalvermehrungskreisläufe einzubeziehen“. Die Kommerzialisierung der Mikrofinanz habe den ursprünglichen Zweck der Kleinstdarlehen, nämlich die Verringerung von Armut in Entwicklungsländern, torpediert. „Die Mikrofinanzindustrie bedarf nicht einer Reform, sondern einer geordneten Abwicklung“, lautet daher die provokante Quintessenz der Herausgeber aus den Beiträgen.

*Anlässlich des Erscheinens des Buches hat die „taz“ ein Interview mit dem Ko-Herausgeber Philip Mader geführt. Das Interview kann [hier](#) abgerufen werden.*

---

## Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG  
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln  
Telefon 0221 / 97356-237  
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), [s.bauer@sozialbank.de](mailto:s.bauer@sozialbank.de)

Jens Hayer, [j.heyer@sozialbank.de](mailto:j.heyer@sozialbank.de) (Gesellschaft)  
Nurcan Karapolat, [n.karapolat@sozialbank.de](mailto:n.karapolat@sozialbank.de) (Arbeitsmarkt)  
Hella Krauß, [h.krauss@sozialbank.de](mailto:h.krauss@sozialbank.de) (Gesundheit, Pflege)  
Tobias Nickl (Büro Brüssel), [t.nickl@eufis.de](mailto:t.nickl@eufis.de) (Europa)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich